

Ständerat

Conseil des États

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



## 12.306      n      **Kt. Iv. GE. Härtere Sanktionen bei Straftaten gegen Behörden und Beamte**

---

Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 13. Oktober 2022

---

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 13. Oktober 2022 das weitere Vorgehen in Bezug auf die Standesinitiative beraten, die vom Kanton Genf am 21. März 2012 eingereicht und von den Räten im Jahr 2014 sistiert wurde. Die Standesinitiative verlangt eine Anpassung der Strafraumen in Artikel 285 Strafgesetzbuch, damit Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte mit höheren Strafen geahndet werden können.

### **Antrag der Kommission**

Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: Jositsch

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Carlo Sommaruga

#### Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stand der Vorprüfung
- 3 Erwägungen der Kommission



## 1 Text und Begründung

### 1.1 Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der Kanton Genf folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesversammlung wird ersucht:

- einen Erlass im Sinne der Petition vom 30. Oktober 2009 des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) auszuarbeiten;
- im Strafgesetzbuch wieder kurze Freiheitsstrafen einzuführen;
- vorzusehen, dass Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285 Ziff. 1 StGB) mit Freiheitsstrafe von mindestens 60 Tagen oder Geldstrafe bestraft werden;
- beim Tatbestand gemäss Artikel 285 Ziffer 1 StGB im Wiederholungsfall zwingend eine Freiheitsstrafe vorzusehen und dabei das Strafmass auf mindestens 120 Tage zu erhöhen;
- die Mindeststrafe bei Artikel 285 Ziffer 2 StGB entsprechend zu verschärfen;
- vorzusehen, dass analog zur Regelung betreffend das Personal des öffentlichen Verkehrs jegliche Straftat gegen Polizeibeamtinnen und -beamte (einschliesslich Sachbeschädigungen, Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten) als Officialdelikt verfolgt wird.

## 2 Stand der Vorprüfung

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat die Vorprüfung der Standesinitiative des Kantons Genf am 7. November 2013 begonnen. Auf ihren Antrag hat der Nationalrat die Behandlung der Initiative am 11. März 2014 gemäss Artikel 87 Abs. 3 Parlamentsgesetz für voraussichtlich mehr als ein Jahr ausgesetzt, was vom Ständerat auf Antrag seiner vorberatenden Kommission mit Beschluss vom 10. Juni 2014 bestätigt wurde. Nach der Wiederaufnahme des Verfahrens hat der Nationalrat als Erstrat auf Antrag der vorberatenden Kommission am 21. September 2022 entschieden, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

## 3 Erwägungen der Kommission

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat bereits anlässlich der ersten Sitzung zur Vorprüfung der Standesinitiativen des Kantons Genf am 7. November 2013 einen Zusammenhang zwischen dem Begehren der Initiativen und der Vorlage zur Harmonisierung der Strafraumen, zu der im Jahr 2010 eine Vernehmlassung durchgeführt wurde, hergestellt. Mit Einverständnis der beiden Räte wurde die Vorprüfung dieser Initiativen im Jahr 2014 mit Blick auf die erwartete Vorlage gemäss Artikel 87 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes ausgesetzt.

Nachdem der Bundesrat den Räten die Botschaft dazu am 25. April 2018 unterbreitet hatte (Vorlage 18.043), beauftragte die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates am 17. Januar 2019 eine dreiköpfige Subkommission damit, der Kommission Anträge zu dieser Vorlage sowie zu diversen parlamentarischen Initiativen, Standesinitiativen und Motionen zu unterbreiten, die thematisch mit dem Besonderen Teil des Strafgesetzbuches verbunden und in der Kommission hängig waren.

Nachdem die Subkommission ihre Anträge der Kommission unterbreitet hatte, wurde die Vorlage zur Strafraumenharmonisierung am 9. Juni 2020 zum ersten Mal vom Ständerat beraten. Die Frage der strafbaren Handlungen gegen die öffentliche Gewalt wurde von den Räten im Rahmen der Beratungen zum Entwurf 1 dieser Vorlage bei der Frage der Ausgestaltung der Bestimmung von Artikel 285 Strafgesetzbuch intensiv diskutiert.



Schliesslich folgten beide Räte dem Antrag der Einigungskonferenz, wonach eine Geldstrafe bei solchen Delikten künftig nur noch bei «leichten Fällen» möglich sein soll. Ausgeschlossen wurde die Geldstrafe bei der qualifizierten Form der Teilnahme, sofern Gewalt an Personen verübt wird. Zudem wurde die Mindeststrafe bei der qualifizierten Form der Teilnahme von bisher 30 auf 90 Tagessätze Geldstrafe resp. von 1 Monat Freiheitsstrafe auf neu 3 Monate Freiheitsstrafe verdreifacht.

Nachdem die Räte das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafraumen (Entwurf 1 der Vorlage 18.043) in den Schlussabstimmungen vom 17. Dezember 2021 angenommen haben, erachtet die Kommission die Grundanliegen der Initiative als erfüllt. Entsprechend sieht sie momentan keinen weiteren Handlungsbedarf und hält die Zeit für gegeben, die Standesinitiative zu erledigen.